

NEUTRALITÄT MUSS DISKUTIERT WERDEN

Kein anderes Thema hat uns während dem Sommerloch so bewegt wie der Krieg im Libanon. Der Konflikt hat gezeigt: die Schweiz braucht eine Neutralitätsdiskussion.

VON NIKLAUS HARI

Angefangen hat es mit den Äusserungen von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Sie kritisierte die Luftangriffe Israels auf Beirut als unverhältnismässig. Darauf wünschten sich viele eine scharfe Replik der EVP. Nur Replik auf was? Die offiziellen Communiqués des EDA verurteilten die Aggressionen Israels und der Hizbollah gleichermaßen.

Unerträglich die Haltung des Restbundesrates. Nur um das - in diesem Fall ohnehin folgenlose - Neutralitätsrecht nicht anwenden zu müssen, versteckte er sich hinter Wortklaubereien und weigerte sich, den Konflikt als Krieg anzuschauen.

Falsch verstandene Neutralität

Entlarvend die Position der SVP, welche die Neutralität als oberste Maxime und symbolische Worthülse einforderte. Sie versteht darunter eine Haltung, «welche von den Politikern höchste Zurückhaltung fordert; eine Haltung, die anstrebt, sich nicht in fremde Konflikte einzumischen.» Das ist bloss feige und opportunistisch. Die 1815 von den europäischen Grossmächten anerkannte und seither in mehreren internationalen Abkommen völkerrechtlich definierte, immerwährende Neutralität der Schweiz bedeutet nur, dass die Schweiz nie an einem bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten teilnehmen wird. Ei-

ne Eigenschaft, auf die wir zu Recht stolz sein dürfen.

Bundesverfassung als Vorgabe

Wie hat aber die über dieses Grundprinzip hinausgehende Haltung der neutralen Schweiz gegenüber den Konfliktparteien auszusehen? Anzustreben ist eine aktive Neutralitätspolitik im Sinn von Art 54 Abs 2 der Bundesverfassung: «Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.» Eine bessere Leitlinie für unsere Aussenpolitik kann man sich nicht vor-



Konfliktregion Nahost.

stellen. Neutralität bedeutet nicht «höchste Zurückhaltung» (SVP), Neutralität bedeutet in ihrem Kerngedanken Engagement für eine bessere Welt (BV). Entsprechend hat die Schweiz unermüdlich ihre guten Dienste anzubieten.

Ein Glaubenskrieg?

Nach dem Ende der Kampfhandlungen wird klar: Der Krieg hat nur Verlierer geschaffen und der Konflikt bleibt ungelöst. Der israelische Schriftsteller Etgar Keret hat im Magazin des Tages Anzeigers Worte gefunden, welche die Situation treffen: «Ich kann israelische Bomben auf Beirut nicht verstehen und schon gar nicht rechtfertigen. Aber ich kann auch keinen demokratischen Staat verstehen, der einer Terrororganisation erlaubt, ihr Hauptquartier mitten in seiner Hauptstadt aufzubauen, von dort aus Raketen in ein Nachbarland zu feuern und dessen Soldaten zu entführen. (...) Der Libanon wäre verpflichtet gewesen, notfalls mit Gewalt gegen die Hizbollah vorzugehen oder es zumindest zu versuchen.» Und weiter: «Es geht bei diesem Konflikt nicht um nationale Interessen, sondern es geht um Religion, um unsere Kultur im weitesten Sinn also. Die glauben, wir haben die falsche Religion.» Vielleicht fehlt diese Erkenntnis Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, vielleicht ist sie deshalb nicht fähig, den Konflikt richtig einzuordnen?

KOMMENTAR

Handle ich korrekt?

Seit Wochen schon wird in der Öffentlichkeit über den Swissfirst-Skandal debattiert. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht das unethische Verhalten eines Banken-Chefs und verschiedener Pensionskassenverwalter. Gefordert werden nun striktere staatliche Kontrollen der Pensionskassen oder eine Offenlegungspflicht für Vermögen von Pensionskassenverwaltern. Dieser Mechanismus ist typisch für unseren Rechtsstaat: sobald irgendwo ein persönliches Fehlverhalten aufgedeckt wird, ruft man nach gesetzlichen Massnahmen, die ein solches Verhalten künftig sanktionieren sollen. Im Prinzip ist dagegen nichts einzuwenden, denn der Mensch muss vor sich selbst geschützt werden. Gleichzeitig aber wird die Freiheit des Einzelnen mehr und mehr eingeengt. Darunter zu leiden haben jene, die sich nie etwas zu Schulden kommen liessen. So auch die Mehrheit der Pensionskassenverwalter, die sich korrekt verhalten und ihre Aufgabe zum Wohle ihrer Versicherten erfüllen. Anstatt mehr gesetzliche Einschränkungen zu fordern, müsste vielmehr die Reflexion des eigenen Verhaltens in den Vordergrund rücken. Dazu könnte die Passage des «Vater unser»-Gebets dienen: «Führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen». Würden wir uns täglich im Sinne dieser Bitte verhalten, könnten wir uns den Grossteil unserer Gesetze sparen.

Joel Blunier, Generalsekretär

Fussball regiert...

Noch habe ich die WM nicht ganz verdaut. Nein, nicht die einzelnen Spiele, von denen ich nur zufällig ein paar Ausschnitte gesehen habe. Sondern das Begleitspektakel.

Wir erinnern uns: Leute mit rot-weiss verschmierter Brust oder Gesicht zu Tausenden vor den Grossbildschirmen. Fahnen und Schweizerkreuze omnipräsent, so gut auf T-Shirts wie auf Unterhosen. Wildfremde, die sich bei einem Tor in den Armen lagen. Fussball auf den Frontseiten und überall. Unzählige Geschichtchen zu unseren Fussballhelden, ihren Eltern, Frauen und Freundinnen. Tor- und Resultatdurchsagen sogar im Tram. Und am Bundeshaus ein riesiges Plakat «Fussball regiert».

Ich staune, wie leicht sich in unserem eher zurückhaltenden Volk eine eigentliche Massenhysterie aufbauen liess. Angeheizt von den Medien und jenen, die damit ihre dicken Geschäfte machten, allen voran die FIFA mit ihren Milliardengewinnen.

Nach den verpatzten Penaltys der Schweizer ist der überschäumende Fussball-Party-Nationalismus rasch abgeklingen. Von den vielen Fahnen an den Häusern sind aber doch noch einige bis zum 1. August hängen geblieben. Als beruhigendes Zeichen dafür, dass es auch noch solche gibt, die mit der Schweizer-Fahne nicht nur zu ihren Fussballgöttern, sondern auch zu ihrer Heimat stehen wollen.

Die WM hat uns nichts gekostet. Anders die EM 08 in der Schweiz mit dreistelligen Millionenbeträgen. Die Privaten und die UEFA werden kassieren. Und auch jene wird's freuen, die glauben, Gemeinschaft und nationale Identität in kollektivem Fussball-Fieber finden zu können...

Ich weiss schon heute, wo ich die EURO 08 überstehen werde: in den Bündner Bergen, bei aktivem Sport und - ganz unaufgeregt.



Ruedi Aeschbacher
Präsident der EVP Schweiz

«Sollte Ueli Maurer die Zehn Gebote wie Moses auf dem Sinai von Gott erhalten haben, würden diese vermutlich «Schuldenabbau, nicht Steuersenkungen», «ökologische Steuerreform realisieren», «Schaffung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer» und ähnlich lauten. Nachdem die neuen «Zehn Gebote» eher Uelis Wunschdenken entsprechen, ist es sinnvoll, den freien Platz in unserer Fraktion bis zu den Wahlen vakant zu lassen.»

EVP-Nationalrat Heiner Studer (AG) im @-Mail der Woche der NZZ am Sonntag vom 13. August 2006. Gefragt hatte die Zeitung, ob die EVP/-EDU-Fraktion bereits ein Plätzchen für SVP-Präsident Ueli Maurer freihalte, nachdem dieser ein Grundsatzpapier seiner Partei mit dem Titel «Zehn Gebote für einen gesunden Staatshaushalt» vorgestellt habe.

PAROLEN DER EVP

gefasst am 1. April in Biel und am 17. Juni in Aarau von den Delegiertenversammlungen der EVP Schweiz

Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (Kosa-Initiative) **JA**

Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer **NEIN**

Änderung des Asylgesetzes **NEIN**

INHALT

Beat Christen:
Ein Mann mit einer Mission **3**

Kosa-Initiative:
Mehr für die AHV, weniger für Bund und Kantone **4**

Asyl- und Ausländergesetz:
Zwei eng miteinander verknüpfte Vorlagen **5**

Elf Vorstösse der EVP-Nationalräte:
Die Abhängigkeit vom Erdöl verringern **6**

Energie - Wachstum - Wohlstand:
Einladung zur Netzwerktagung der EVP Frauen **7**

LA SUISSE EXISTE!

Beat Christen ist leitender Mitarbeiter bei den Vereinigten Bibelgruppen VBG. Er setzt sich für ein integriertes Christsein im Beruf ein. Er hat ein einziges Projekt: Die Schweiz.

VON NIKLAUS HARI

Beat Christen, Sie haben im 2001 das Buch «La Suisse existe - Die Schweiz: Geschichte-Identität-Vision» herausgegeben. Wie kam es dazu?

Auslöser war die Landesausstellung Expo.01. Sie wurde auf dem Hintergrund einer Identitätskrise geplant, der man mit einer visionären Ausstellung begegnen wollte. Mit ein Ziel war das Abschneiden alter Zöpfe: Landwirtschaft, Armee und Kirche. Ich habe von Anfang an gesagt, dass es diese Expo nicht geben wird: eine Identitätskrise kann nicht mit Visionen überwunden werden, sondern nur mit der Bearbeitung historischer Wurzeln. Wer sich mit seiner Geschichte auseinandersetzt, festigt seine Identität und kann auf dieser Basis Visionen für die Zukunft entwickeln. In der schliesslich realisierten Expo.02 kamen dann viele der ausgeklammerten Bereiche wieder hinein. Ich hatte mir zwar geschworen, nie ein Buch herauszugeben. Doch die Eingebung zu diesem Buch kam klar von Gott.

Was meinen Sie mit besagter Identitätskrise? Die Diskussionen um die nachrichtenlosen Vermögen aus dem Zweiten Weltkrieg?

Auch, aber nicht nur. Es handelte sich auch um eine philosophische Krise: die Saat der 68er ging langsam auf, die Postmoderne führte zur Beliebigkeit und zum Verfall. Heute stehen wir in der Postpostmoderne: alles steht gleich-gültig oder gleichwertig nebeneinander. So sind Konsense fast nicht mehr möglich. Der Dekonstruktivismus



Beat Christen, Netzwerker.

beisst sich selber und man merkt jetzt: mit der Auflösung der alten Werte hat man noch keine neuen geschaffen.

Was hat das Buch ausgelöst?

Das Buch ging an die nationalen Räte und den Bundesrat. Immer wieder ist es - auch von nicht-christlichen Rednern und Rednerinnen - für 1. August- oder Bettagsreden verwendet worden. Für Christinnen und Christen gehört das Buch zur Pflichtlektüre: viele haben kaum Identität ausserhalb der Kirche und damit keinen Beitrag für die Öffentlichkeit. Dieser Trennung zwischen Säkularem und Heiligem kann das Buch abhelfen.

Was ist denn die Identität der Schweiz? Was macht die Schweiz aus?

Eigentlich ist die Schweiz sprachlich, kulturell, konfessionell und ökonomisch ein «Unsinn». Das

Einziges, was uns zusammenhält, ist die gemeinsame Geschichte, die uns zu einer Art Labor für Europa macht. Kaum ein Jahrhundert der Schweizer Geschichte war nicht von tiefen Krisen geprägt. Entscheidend ist dabei, wie diese Konflikte bewältigt werden. Frankreich beispielsweise hat sie meist mit Zentralismus beantwortet. Wir Schweizer feiern am Nationalfeiertag das Schliessen eines Bundes und nicht eine Revolution.

Welche Vision für die Schweiz leiten Sie aus dieser Identität ab?

In der im Buch vorgestellten, gemeinsam in einer Studienwoche entwickelten Vision CH 200X ist diese Vision recht gut formuliert. Im Wesentlichen geht es darum, dass die ursprünglich christlichen Domänen, wie das Sozialwesen und die Bildung mehr und mehr dem Staat überlassen worden sind, der damit prompt überfordert ist: genau diese Bereiche laufen heute aus dem Ruder. Wir Christinnen und Christen müssen Verantwortung in den Schlüsselbereichen Politik, Wirtschaft, Medien, Bildung und Forschung übernehmen und damit unsere Gesellschaft prägen. Dabei geht es nicht um die personelle Übermacht. Vielmehr versuche ich meine (Ohn-)Macht im Gebet mit der (All-)Macht Gottes zu verbinden. Letztlich haben wir nur zwei Möglichkeiten: zu prägen oder geprägt zu werden.

Ein Teil der Vision für die Schweiz ist das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen. Die überproportionale Berücksichtigung und der Schutz der Minderheiten ist Modellfall für Europa. Toleranz kommt von tolerare, was unter anderem «Lasten emporheben» bedeutet. Das setzt ein stabiles Fundament voraus. Wenn wir unsere Kultur, die untrennbar mit dem christlichen Glauben verbunden ist, festigen, dann haben wir eine Antwort auf die fremden Kulturen.

Neben der leitenden Funktion bei den VBG, koordinieren Sie das Firmen-Gebet, sind akkreditierter Beter im Bundeshaus, engagieren sich im Vorstand der Agentur C und im Stiftungsrat des Wendepunkt.

Das Vernetzen mache ich sehr bewusst. Eigentlich geht es aber bei all meinen Engagements um ein einziges Projekt und das ist die Schweiz. 1979 habe ich einen bewussten, inneren Auftrag erhalten, als mir der Vers aus Josua 1.3 zugesprochen wurde: Überall, wo Du Deine Fusssohlen hinlegst, wird Gott Dir das Land geben. Seither versuche ich die Schweiz auch symbolisch unter die Füsse zu nehmen: So leite ich Trekking- und Skitourenwochen quer durch die Schweiz und wecke damit die Liebe der jungen Menschen zu ihrem Land. Letztlich will ich mit meinem Engagement die Einsicht vermitteln, dass Gott im Zentrum stehen muss: er ist unser Bündnispartner seit 1291.

Wie geht es weiter mit Ihrer Arbeit?

In fünf Jahren werde ich pensioniert. Ich will nicht Strukturen bauen, sondern Vision vermitteln, die sich multipliziert. Ich will das Land mit der Vision des für uns Unmöglichen prägen und Christen dazu bringen, diese wirklich wieder zu glauben.

Identität der Schweiz

«Identität der Schweiz: Grundwerte, Leitkultur, Zukunftsvisionen» lautet der Titel der diesjährigen Bettagskonferenz der EVP Schweiz am Samstag, den 16. September 2006 im Stadttheater Olten.

Namhafte Referenten und Referentinnen ermöglichen eine Annäherung an das Thema aus verschiedenen Perspektiven: BLICK-Chefredaktor Werner de Schepper, Dr. Walter Dürr, Hanspeter Nüesch, Leiter von Campus für Christus, EVP-Grossrätin Marianne Streiff, Prof. Dr. Martin Hauser, Daniel Regli und Chaorong Tang. Zur Konferenz anmelden kann man sich unter www.evpep.ch/bettagskonferenz.

Beat Christen

Alter: 60 Jahre
Beruf: technische und pädagogische Ausbildung
Zivilstand: verheiratet, vier erwachsene Kinder
Hobbies: Sport, Trekking, Skitouren, Fussball spielen

Bete und politisiere!

Irgendwo auf dem Weg ins Erwachsenenalter habe ich gelernt, dass ein Christ sich nicht zu sehr in die Politik einbringen soll. «Politik ist schmutzig», habe ich verstanden, und wer will denn schon schmutzig werden. Ich kann mich zwar nicht erinnern, dass man mir das einmal wörtlich so gesagt hat. Kapiert habe ich es trotzdem. Später habe ich gelernt, dass man sich als Pfarrer oder Prediger besser nicht einer politischen Partei anschliesst. Auch das hat mir niemand so gesagt. Aber ich habe die Botschaften zwischen den Zeilen verstanden: «Zuviele Geistliche politisieren auf der Kanzel anstatt zu predigen» und: «Politik spaltet die Kirchgemeinde.» Das waren klare Worte und ich habe sorgfältig darauf geachtet, dass ich nicht «politisierte». Immer aber habe ich mich für Politik interessiert. Dann habe ich irgendwo den Satz gelesen: «Wenn die Klugen immer nachgeben, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Dummen die Welt regieren.» Zuerst habe ich mich über diesen Satz geärgert, dann hat er mich ins Nachdenken gebracht. Können wir es uns leisten, nur zu kommentieren, ständig nachzugeben und es tunlichst zu vermeiden, Stellung zu beziehen? Wer gibt uns überhaupt das Recht, das nationale politische Geschehen nur von der Zuschauertribüne aus zu verfolgen? Niemand! Es gibt eine Passivität, die unentschuldigbar ist und ein Schweigen, das beschmutzt. Warum wird mir das eigentlich erst jetzt so richtig bewusst? Ich bete weiter - sicher - aber ich rede auch ungeniert von politischen Dingen. Bete und politisiere! Oder wie heisst das bekannte Zitat jetzt schon wieder?



Martin Maag,
Pastor Chrischona-Gemeindezentrum Bethel in Zürich

GELDSEGEN FÜR DIE AHV

Die Kosa-Initiative will die AHV langfristig stärken, indem ihr die Gewinne der Nationalbank zukommen sollen. Die EVP Schweiz empfiehlt die Initiative zur Annahme.

VON NIKLAUS HARI

Die Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (Kosa-Initiative) will den Verteilschlüssel der Nationalbankgewinne ändern: Wird die Vorlage am 24. September angenommen, geht die erste Gewinnmilliarde zukünftig an die Kantone, allfällige weitere Gewinne werden der AHV überwiesen, der Bund geht leer aus. Nach dem heutigen Schlüssel erhalten die Kantone zwei Drittel der Gewinne der Nationalbank, der Rest fliesst in die allgemeine Bundeskasse.

Unterschiedliche Gewinnerwartungen

So weit, so gut. Doch jetzt beginnt der Zahlensalat. Denn logischerweise sind die zukünftigen Gewinne der Nationalbank nicht ganz einfach abzuschätzen. Bis 2012 schüttet die Nationalbank gemäss Vereinbarung mit dem Finanzdepartement jährlich 2.5 Milliarden Franken aus. Darin ist neben den ordentlichen Gewinnen auch ein tranchenweiser Abbau der Ausschüttungsreserve enthalten. In diesem Fond (nicht zu verwechseln mit den überschüssigen und bereits an die Kantone verteilten Goldreserven) hat die Nationalbank frühere Gewinne parkiert. Gesamthaft würde die AHV damit bis 2012 jährlich mit 1.5 Milliarden (nach Abzug der Kantonsmilliarde) profitieren.

Wie steht es mit den Gewinnen der Nationalbank ab 2012, nach dem erfolgten Abbau der Ausschüttungsreserve? Die Nationalbank selbst erwartet eine Rendite von zwei bis drei Prozent auf ihrem Vermögen. Abzüglich der laufenden Kosten (rund 250 Millionen Franken) würden damit zwei Milliarden pro Jahr resultieren. Ein Teil dieses Gewinns muss den Währungsreserven zugewiesen werden (entsprechend dem Wachstum der

Schweizer Volkswirtschaft). Unter dem Strich resultiert nach SNB-Rechnung ab 2012 also rund eine Milliarde Gewinn, die vollumfänglich an die Kantone gehen würde. Das Initiativkomitee hingegen geht davon aus, dass die Nationalbank auch in Zukunft zwischen 2.5 und 3 Milliarden Gewinn erwirtschaften wird und wirft der SNB vor, im Hinblick auf die kommende Abstimmung die zukünftigen Gewinne bewusst tiefzustapeln.

Darüber hinaus ist unklar, ob der neue Verteilschlüssel nur für die ordentlichen Gewinne oder auch für die Ausschüttungsreserve zu gelten hätte. Vor allem die Kantone argumentieren, dass es sich bei dieser um alte Gewinne handle, die vor dem Inkrafttreten der Initiative erwirtschaftet worden und deshalb nach dem alten Schlüssel zu verteilen seien. Da sich der Initiativtext zu dieser Frage ausschweigt, wird letztlich das Parlament entscheiden müssen. Aufgrund der unterschiedlichen Gewinnerwartungen und der unklaren Rechtslage ist es heute schwierig abzuschätzen, wie viel Geld die Kantone nach Annahme der Initiative erhalten würden. Unter Umständen könnte der Kantonsanteil die heute gültigen Zwei Drittel sogar übersteigen.

EVP bejaht Umverteilung von den Kantonen an die AHV

Verlierer der neuen Regelung ist in jedem Fall der Bund. Er müsste seinen Anteil an den Nationalbankgewinnen, der bis anhin in die allgemeine Bundeskasse geflossen ist, anderweitig kompensieren. EVP-Nationalrat Heiner Studer (AG) hat die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 1. April in Biel daran erinnert, dass Ausgaben im Umwelt- oder Bildungsbereich unter der neuen Regelung leiden könnten. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer habe allenfalls politisch eine Chance, wenn sie der AHV zukäme, nie und nimmer



Der Geldsegen der Nationalbank soll neu der AHV zukommen.

aber zugunsten der allgemeinen Bundeskasse. Gescheiter wäre es deshalb, die Nationalbankgewinne dem Bund zu belassen und die AHV mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuerprozent abzusichern.

Dennoch haben die Delegierten der EVP die Initiative zur Annahme empfohlen. Der Diskussion waren vor allem zwei Argumente zu entnehmen: erstens konnte man sich durchaus für die Idee erwärmen, den Gold- und Geldsegen zuhanden der Kantone zu schmälern. Zu häufig werde dieser mittels Steuergeschenken für die Reichsten verpuffert und erzeuge so keine nachhaltige Wirkung. Zweitens stiess eine Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der AHV (welche bei einer Ablehnung der Initiative droht) bei den Delegierten auf wenig Begeisterung, weil diese Steuer vor allem die mittleren Einkommen trifft und als unsozial gilt.

ZU RESTRIKTIVE REVISION

Die EVP Schweiz empfiehlt sowohl das neue Ausländer- wie auch das revidierte Asylgesetz zur Ablehnung.

VON NADIA COSTA,
PRAKTIKANTIN DER EVP SCHWEIZ

Das neue Ausländer- und das revidierte Asylgesetz, welche am 24. September 2006 zur Abstimmung kommen, sind Teile einer umfassenden Migrationspolitik. Umstritten ist vor allem das Asylgesetz. Weil aber die beiden Gesetze eng miteinander verknüpft sind, macht nur ein doppeltes Ja oder Nein Sinn.

Vom neuen Ausländergesetz sind hauptsächlich Personen aus nicht-europäischen Ländern betroffen. Neu wird der Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt auf beruflich besonders qualifizierte Personen beschränkt. Weitere Neuerungen beinhalten die Integrationsförderung und die Missbrauchsbekämpfung. Die Revision des Asylgesetzes hat das Ziel, den verfolgten Menschen wie bisher umfassenden Schutz zu gewähren, gleichzeitig aber auch bestehende Missbräuche im Asylwesen einzudämmen.

3 Hauptkritikpunkte Studers

EVP-Nationalrat Heiner Studer (AG) kritisiert die folgenden drei Punkte der Asylgesetzrevision: Erstens wird auf Asylgesuche nicht eingetreten, falls die Asylsuchenden nicht innerhalb von 48 Stunden Reisepass oder Identitätspapiere vorweisen können. Gerade Verfolgte hätten oft keine Ausweise und die Frist reiche für die Beschaffung der

Papiere nicht aus. Zweiter Kritikpunkt ist die Einführung einer Ausschaffungshaft für Minderjährige zwischen 15 und 18 Jahren, die bis zu 12 Monate dauern kann. Und drittens fehlt mit der humanitären Aufnahme das Herzstück der noch von Ruth Metzler geplanten Revision des Asylgesetzes.

Umstritten ist weiter die Datenweitergabe an die Herkunftsstaaten der Asylsuchenden noch vor dem Abschluss des Verfahrens. Angehörige der Flüchtlinge könnten dadurch gefährdet werden. Auch der im Asylgesetz geregelte Sozialhilfestopp wird stark kritisiert. Abgewiesene Asylbewerber sollen nur noch Nothilfe und keine Sozialhilfe mehr erhalten. Dies gilt auch für besonders Verletzte wie Kinder und

Schwangere. Weiter werden die Zwangsmassnahmen in beiden Vorlagen weiter verschärft: Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft werden mit einer Beugehaft ergänzt, welche für Erwachsene bis zu 18 Monate, für 15- bis 18-jährige bis zu neun Monate dauern kann. Laut Kritikern der Vorlage ist die Dauer vor allem für Jugendliche unverhältnismässig.

Doppelte Nein-Parole

Aus diesen Gründen hat die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 17. Juni in Aarau die geplanten Änderungen des Asyl- und Ausländergesetzes als zu restriktiv und zu wenig praxistauglich taxiert und zu beiden Vorlagen die Nein-Parole beschlossen.



Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG) verfolgt die Diskussion an der DV.

Die wichtigsten Änderungen im revidierten Asylgesetz

- Auf das Asylgesuch von Personen, die ohne glaubhafte Begründung keine Identitätspapiere abgeben, wird nicht mehr eingetreten. Geburtsurkunden, Fahrausweise gelten nicht mehr als Identitätspapiere.
- Zur Beschaffung von Reisepapieren kann schon nach erstinstanzlich negativem Entscheid (und damit während der Rekursfrist) mit dem Heimatstaat des Abgewiesenen Kontakt aufgenommen werden.
- Der Sozialhilfestopp kann von Personen mit einem Nichteintretensentscheid neu auf abgewiesene Asylsuchende ausgeweitet werden. Das Minimum der Nothilfe bleibt aber gewährleistet.
- Bei Wegweisungen werden Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft auf 6 bzw. 18 Monate verdoppelt.
- Trotz negativem Asylentscheid wird fast ein Drittel der Gesuchsteller vorläufig aufgenommen. Sie können neu eine Arbeitsbewilligung erhalten, der Familiennachzug ist frühestens nach drei Jahren möglich.
- Dank einer neuen Härtefallregelung können gut Integrierte nach fünf Jahren aufgenommen werden.
- Alle Beschwerden haben neu eine aufschiebende Wirkung.

Freie Sicht!

«Sex sells!» lautet der Schlachtruf der Werbeindustrie. «Freie Sicht!» hält die Junge Evangelische Volkspartei *jevvp dagegen und hat anfangs Mai gemeinsam mit Partnern die gleichnamige Petition lanciert. Geschlechterdiskriminierende und übersexualisierte Werbung - viele Sujets vereinen beide Dimensionen - gehört nicht in die Öffentlichkeit. Die Petition kann online unter www.freie-sicht.ch unterschrieben werden: bis heute kamen 6386 Unterschriften zusammen. Unterschreiben auch Sie!

Kein Strafverfahren

Gegen die AIDS-Hilfe Bern wird wegen der Broschüre «Selbstverständlich» nun doch kein Strafverfahren eröffnet. Zwar bewege sich die Broschüre «an der Grenze zur Pornographie», womit «der Jugendschutz geritzt» werde. Die «aus jedem menschlich-emotionalen Bezug» herausgelösten Beispiele bedienten sich einer «unnötig primitiven und vulgären Sprache»; für ein Strafverfahren liege aber kein Tatbestand vor.

Interner Bereich

Auf www.evppev.ch ist ein interner Bereich eingerichtet worden, auf dem Bestellmöglichkeiten, Checklisten, Vorlagen und andere Hilfsmittel bereitgestellt werden. Die Zugangsdaten können unter info@evppev.ch angefordert werden.

Verstärkung der GL

Die Geschäftsleitung der EVP Schweiz wurde mit alt-Kantonsrätin Nancy Bolleter und alt-Verfassungsrat Peter Schächli verstärkt. Bolleter nimmt als Präsidentin der EVP Frauen Schweiz Einsitz, Peter Schächli als Kantonalpräsident der Zürcher EVP.

4468 Mitglieder...

...zählt die EVP per 21.08.2006.

SPATZ IN DER HAND

Das Finanzloch ist kleiner als erwartet, Leuthard hatte die Unterstützung der EVP und es geht etwas im Klimaschutz.

(nh). In der Sommersession muss jeweils die Rechnung vom Vorjahr abgenommen werden. Für Parteipräsident Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) fiel der Rückblick diesmal insofern etwas freundlicher aus, indem die Defizite nicht ganz so hoch ausfielen wie budgetiert (121 Millionen statt 1798 Millionen Franken in der Finanzrechnung, 3.9 Milliarden statt 5.7 Milliarden Franken in der Erfolgsrechnung). Dennoch sind die 130.3 Milliarden Franken Schulden des Bundes alles andere als eine erfreuliche Perspektive. Statt bloss neuen Aufgabenverzichtsplanungen regt Nationalrat Aeschbacher auch eine Erhöhung der Einnahmen an, beispielsweise mit einer moderaten, eidgenössischen Erbschaftssteuer, nachdem nun ein Kanton nach dem anderen die kantonalen Erbschaftssteuern abgeschafft hat.

EVP hat Leuthard unterstützt

Der mediale Höhepunkt war die Wahl von Doris Leuthard zur Bundesrätin. Zwar stand die EVP/EDU-Fraktion nicht geschlossen hinter der Kandidatin und war der Meinung, auch die CVP hätte einen Doppelvorschlag einzubringen, wie sie es in der Vergangenheit von den anderen Parteien immer gefordert hatte. Aber die Intervention von EDU-Nationalrat Christian Waber und die Meldung des Ratspräsidenten, die Fraktion unterstütze Doris Leuthard nicht, war ebenso falsch und verunsicherte das Fernsehpublikum. Alle drei EVP-Nationalräte gaben Leuthard ihre Stimme. Ruedi Aeschbacher glaubt, dass die «natürliche, sympathische und gescheite» Bundesrätin bei den Medien, im Volk, in ihrem Departement und auch im Parlament gut ankommen wird. Sie werde ihr Bestes für die Schweiz geben, ist EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) überzeugt. Und Heiner Studer (EVP, AG) ist zuversichtlich, dass «unsere neue Bundesrätin seriöse Arbeit leisten wird.»

Nachdem in der letzten Session der Grundsatzentscheid für die



Elf Vorstösse in Sachen Öl haben die EVP-Nationalräte eingereicht.

CO₂-Abgabe auf Brennstoffen gefallen war, ging es nun um die Höhe der Abgabe. Nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach» engagierten sich die EVP-Nationalräte stark für den bestmöglichen Kompromissvorschlag, auch wenn ihnen zwei deutlich weitergehende Minderheitsanträge sympathischer gewesen wären. Mit der ab 2008 beschlossenen Abgabe von vorerst 12 Franken pro Tonne CO₂ geht es nun wenigstens vorwärts mit dem Klimaschutz, wenn auch mit wesentlich kleineren Schritten als von der EVP eigentlich gewünscht.

Abfuhr für eine allgemeine Alkoholsteuer

Für Nationalrat Heiner Studer war die Revision des Biersteuergesetzes ein Kernthema: erfolglos war er für eine Rückweisung, um sämtliche alkoholischen Getränke der Besteuerung unterstellen zu können (nicht nur Schnaps und Bier) und für höhere Steuersätze. Auch Jugendschutz und Prävention fanden nach Auffassung von Bundesrat und bürgerlicher Mehrheit in diesem reinen «Steuergesetz» leider keinen Platz. Schliesslich haben die EVP-Nationalräte der Einführung von neuen AHV-Nummern ab 2008 zugestimmt. Das bisherige System ist am Anschlag und weist datenschützerische Schwächen auf. Die neue Nummer darf aber nicht wahllos in zahlreichen weiteren Bereichen zum Einsatz kommen: die EVP hat sich für eine Eingrenzung der Verwendung stark gemacht.

EVP will Abhängigkeit vom Erdöl verringern

(nh). Um die Abhängigkeit der Schweiz vom Erdöl drastisch zu verringern, haben die Nationalräte der EVP zu Beginn der Sondersession gleich elf Vorstösse eingereicht. Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) will ein umfassendes Programm zur Einsparung und Substitution von Heizöl anregen, die CO₂-Abgabe auch auf Treibstoffen erheben, die Importsteuer auf Autos nach dem Treibstoffverbrauch bemessen und die Lenkerinnen und Lenker in sparsamer Fahrweise ausbilden. Walter Donzé (EVP, BE) möchte die Kantone zu verbrauchsabhängigen Motorfahrzeugsteuern motivieren, die Einführung alternativer Fahrzeugantriebe beschleunigen, eine Sensibilisierungskampagne für weniger Benzinverbrauch lancieren und die Pflichtlager für fossile Brenn- und Treibstoffe erhöhen. Heiner Studer (EVP, AG) schliesslich regt eine ökologische Steuerreform an, möchte Anreize für eine bessere Auslastung der Fahrzeuge einführen und zieht tiefere Tempolimiten auf der Autobahn in Erwägung.

Ruedi Aeschbacher hat eine Parlamentarische Initiative eingereicht, welche den Strafraumen bei fahrlässiger Tötung von heute drei auf fünf Jahre Gefängnis erhöhen will. Drei Jahre Gefängnis werde bei Raserunfällen als zu milde Strafe betrachtet. Der für die vorsätzliche Tötung zwingende Eventualvorsatz sei aber schwierig nachzuweisen. Heiner Studer setzt sich schliesslich für die Möglichkeit eines unbezahlten Urlaubes zugunsten der ausserschulischen Jugendarbeit auch für über 30-jährige ein und Walter Donzé möchte mit zwei Vorstössen einen mobileren Bevölkerungsschutz erreichen.

Anzeige

Lebensbeginn - Lebensende: der (un)erwünschte Mensch

Öffentliche Tagung zu Menschenwürde und aktuellen Lebensfragen
am 11. November 2006 in Einsiedeln

Die Tagung, organisiert von Human Life International-Schweiz (HLI-Schweiz), vermittelt fundiertes Wissen von bekannten Fachreferenten. Einzelpersonen, Ehepaare und Familien sind unabhängig von ihrer Weltanschauung, Konfession oder politischen Ausrichtung zur Tagung herzlich eingeladen.

- 11.00 Uhr Maria Prügl, lic. rer. fam.:
Natürliche Empfängnisregelung - erfüllte Ehe!
- 13.15 Uhr Laura Colledani:
Kinder mit dem Down-Syndrom
- 14.00 Uhr Moraltheologe Dr. Andreas Laun:
Der demographische Tsunami - Ursachen für die Überalterung der Bevölkerung
- 15.00 Uhr Prof. Dr. Robert Spaemann:
Euthanasie - Beihilfe zum Suizid

Tagungsgebühren mit Mittagslunch: Einzelpersonen Fr. 50.00, Ehepaare Fr. 80.00, Studenten/AHV-Bezügler Fr. 30.00, Jugendliche bis 16 gratis. Kinderhort vorhanden.

Information/Anmeldung auch online möglich unter www.human-life.ch

Wir bestellen ___ (Anzahl) Tagungsprospekte.

Wir nehmen mit ___ Personen an der Tagung teil.

Name, Vorname _____

Adresse _____

Bitte Talon abtrennen und einsenden oder faxen an:

HLI-Schweiz, Postfach 1307, CH-6301 Zug
Fax: 041 710 28 39 • E-Mail: office@human-life.ch

Co-Organisatoren: HLI-Schweiz, VKAS, IG/NFP, IANFP

Gründung der PEV Neuchâtel

Mit der Gründung der EVP Kanton Neuenburg am 31. Mai verfügt die EVP über eine zweite rein französischsprachige Kantonalpartei. Das Präsidium teilen sich Daniel Delisle aus Neuchâtel und Raymond Martin aus Môtiers. Als Kassier arbeitet Daniel Pfaff aus Boudry im dreiköpfigen Vorstand mit.

Neue Bezirksparteien

Im Kanton Aargau wurde am 28. April die EVP Bezirk Laufenburg gegründet. Erste Präsidentin ist Jutta Moosheer. Im Kanton Solothurn präsidiert Harieta Friedli die neue Amtspartei Wasseramt-Bucheggberg.

Zollinger in den Regierungsrat

Die EVP Kanton Zürich hat den Wädenswiler Stadtrat und Zürcher Kantonsrat Johannes Zollinger zum Regierungsratskandidaten nominiert.



IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP)
 13. Jahrgang, Nummer 3, August 2006
 Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
 EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:
 EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
 Postfach 7334, 8023 Zürich
 Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37
 info@evppev.ch / www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
 Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Nancy Bolleter, Nadia Costa, Martin Maag, Barbara Streit-Stettler.

Druck und Vertrieb:
 Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
 Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

EINE EVP-PIONIERIN

Maria Schaer-Lüthi war 1983 die erste Präsidentin des Berner Stadtrats. Ende Juli ist die EVP-Pionierin im Alter von 80 Jahren verschieden.

VON BARBARA STREIT-STETTLER, GESCHÄFTSFÜHRERIN DER EVP BE

Kaum war das Frauenstimmrecht eingeführt, wurde Maria Schaer Ende 1971 für die EVP in den Berner Stadtrat gewählt und 1983 zu dessen ersten Präsidentin gekürt. 1984 wechselte sie in den Grossen Rat. Im Kantonsparlament war sie Mitglied der Besonderen Untersuchungskommission (BUK), welche die damalige Finanzaffäre unter-

suchte. Weiter engagierte sie sich innerhalb der GPK und zeitweise als Fraktionspräsidentin. 1990 trat sie aus dem Grossen Rat zurück.

Maria Schaer war als Parlamentarierin über die Parteigrenzen hinweg sehr geschätzt. Zwar verfolgte sie als starke und prägende Persönlichkeit eine eigenständige Politik. Dennoch war sie nicht auf Konfrontation aus und versäumte es nicht, den Konsens zu suchen. Obwohl inner- und ausserhalb der Partei hochgeachtet, blieb sie be-



Ein Bild aus längst vergangener Zeit: Maria Schaer-Lüthi.

scheiden und suchte nach pragmatischen Lösungen. Für die Frauen innerhalb der EVP war sie Pionierin und Vorbild.

EVP FRAUEN

ENERGIE - WACHSTUM - WOHLSTAND

Die Frauenkommission der EVP Schweiz lädt am 4. November zu einer Tagung ein.

VON NANCY BOLLETER, PRÄSIDENTIN DER EVP FRAUEN

Was ist Wohlstand? Dreimal im Jahr Urlaub in aller Ferne, zwei Autos, ein schönes Haus? Möchten wir Wohlstand um jeden Preis? Ist Wachstum der einzige Weg dazu? Zu welchem Preis? Energie ist unbestritten notwendig für unseren Wohlstand. Der Stromverbrauch steigt weiter und führt ab 2020 in

eine wachsende Stromlücke, prophezeit das Bundesamt für Energie. Die Zukunft der CO₂-sauberen Atomenergie wird diskutiert, auch in der Schweiz. Andererseits zeigen die Umweltorganisationen in ihrer Studie «Energieperspektive 2050», dass der Energieverbrauch gesenkt und der Strombedarf ohne neue Atom- und Gaskraftwerke gedeckt werden kann. Die Aargauer Nationalrätin Doris Stump (SP) wird aus ihrer Erfahrung zu diesen Fragen re-

ferieren. Die EVP-Politikerinnen Lisette Müller, Marianne Streiff, Lilian Studer, Silvia Hyka und Daniela Schenk leiten Workshops. Wir brauchen in der Politik Frauen, die Verantwortung tragen für die nachhaltige Ressourcennutzung. Wir Frauen möchten uns vernetzen und laden herzlich zu unserer Tagung ein: am Samstagmorgen, den 4. November 2006 am TDS Aarau. Einladungen gibts unter 052 335 16 13 oder nancy.bolleter@freesurf.ch.

TERMINE

- 16. September 2006 EVP Schweiz, Olten: Bettagskonferenz «Identität der Schweiz»
- 24. September 2006 Volksabstimmung
- 28. Oktober 2006 EVP Schweiz, Wädenswil: 3. ausserordentliche Delegiertenversammlung
- 28. Oktober 2006 EVP Schweiz, Wädenswil: Zentralvorstand
- 24. bis 26. November 2006 *jev, Davos Schneewekend und Mitgliederversammlung
- 24. November 2006 Volksabstimmung

Anzeige

www.livenet.ch
 ...erfrischt!
 News • Agenda • Adressen
 Jobs • Forum • Webhosting
 ... am Puls der Zeit!
 www.livenet.ch
 Unser Tipp:
 Top-Newsletter
 Aktuelle News und geistliche Impulse
 Livenet.ch – für engagierte Christen
 Jesus.ch – für am Glauben Interessierte



«IDENTITÄT DER SCHWEIZ»

(nh/jb). Die diesjährige Bettagskonferenz der EVP Schweiz findet am Samstag, den 16. September 2006 im Stadttheater Olten statt und beschäftigt sich mit der Identität der Schweiz. Was ist das überhaupt, die Schweiz? Wie gehen wir mit unserer Geschichte um? Welche Werte gehen verloren, welche werden hochgehalten? Und was ist die Aufgabe der Schweiz in der Welt? Diese Fragen gilt es zu klären, wollen wir eine Vision entwickeln von der Zukunft unseres Landes. Namhafte Referenten und Referentinnen ermöglichen

eine Annäherung an das Thema aus verschiedenen Perspektiven: Daniel Regli, Buchautor und Historiker, blickt auf die Schweiz der Väter zurück. Hanspeter Nüesch, Leiter von Campus für Christus Schweiz, legt Auftrag und Berufung der Schweiz dar. Werner de Schepper, Chefredaktor des Blicks, macht sich Gedanken zur Schweiz der Schweizer. Prof. Dr. Martin Hauser, Direktor des Departements Unesco-Lehrstuhl an der Universität Bukarest, macht sich auf die Suche nach der schweizerischen Identität im euro-

päischen Kontext. Chaorong Tang, Dozentin für interkulturelle Kommunikation, erzählt von ihrer Ausenwahrnehmung der Schweizer Identität. Dr. Walter Dürr, Leiter der landeskirchlichen Gemeinschaft JAHU in Biel, wagt eine Prognose, was es heissen kann, in einer postchristlichen Gesellschaft Christ zu sein. Schliesslich zieht Marianne Streiff, Lehrerin und Grossrätin der EVP im Kanton Bern, Folgerungen für die politische Arbeit. Zur Konferenz anmelden kann man sich unter www.evppev.ch/bettagskonferenz.

EINLADUNG UND ANMELDUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 3. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 28. Oktober 2006, 10.00 bis 12.30 Uhr in der Evangelisch-Methodistischen Kirche Wädenswil.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung durch Stefan Weller, Pfarrer EMK Wädenswil
- TOP 3 Grusswort durch Ernst Stocker (SVP), Stadtpräsident von Wädenswil
- TOP 4 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 5 Parolenfassung zum Osthilfegesetz
- TOP 6 Parolenfassung zum Familienzulagengesetz
- TOP 7 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Ruedi Aeschbacher

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde _____ (Anzahl) Personen für die DV vom 28. Oktober 2006 inklusive _____ (Anzahl) Mittagessen an.

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



Bis am 23. Oktober 2006 einsenden an:
EVP Schweiz
Josefstrasse 32
Postfach 7334
8023 Zürich
Telefon 044 272 71 00
info@evppev.ch